

GZ Präs. 76180/2004-1
Einrichtung eines Integrationsreferates
Informationsbericht

Graz, 30.11.2004
Mag. Ri/Ma

BerichterstellerIn:

.....

Bericht
an den
Gemeinderat

In dem anlässlich der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates am 27.03.2003 präsentierten Arbeitsübereinkommen zwischen der ÖVP und der SPÖ über die Grundsätze und Ziele der Regierungsarbeit in der Gemeinderatsperiode 2003 – 2008 ist zur strategischen Planung, Koordination und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen in der städtischen Verwaltung die Einrichtung eines Referates für Integrationsangelegenheiten vorgesehen.

Zur Umsetzung dieses Zieles wurde zu Jahresbeginn ein Arbeitskreis eingesetzt, der eine Beschreibung der Aufgaben der geplanten Integrationsstelle der Stadt Graz erarbeitet hat. Das Ergebnis dieses Arbeitskreises basiert auf einer breiten Einbindung aller NGOs, die sich mit der Integration von ausländischen MitbürgerInnen befassen. Allein 75 Personen beteiligten sich an der Diskussion über den Entwurf des Arbeitskreises.

Das Ergebnis des Arbeitskreises liegt als Anhang diesem Informationsbericht bei.

Zusammenfassend sieht der Arbeitskreis die grundsätzliche Bedeutung dieser Stelle in der Stärkung und Förderung der Integration und dem Bekenntnis der Stadt Graz, dass Integration zum politischen Leitbild als Menschenrechtstadt gehört und eine wesentliche kommunale Aufgabe ist. Integration bedeutet dabei die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung von In- und AusländerInnen und beinhaltet ein Bekenntnis zum kulturellen Pluralismus.

Darauf basierend sollte ein Integrationsreferat im Magistrat Graz daher folgende Kernaufgaben haben:

Entwicklung von Strategien und Projekten, die diesem Verständnis zum Durchbruch im Bewusstsein der Grazer Öffentlichkeit verhelfen;
besondere Berücksichtigung von genderspezifischen Aspekten;
Öffentlichkeitsarbeit, die sowohl die einheimische wie die zugewanderte Bevölkerung für diese Inhalte gewinnen und an diesem Prozess beteiligen will.

Dieser Einrichtung soll auch eine Schnittstellenfunktion zwischen Magistrat und NGOs zukommen, die sowohl aus der Sicht der Betroffenen als auch der Organisation auf allfällige Verbesserungsmöglichkeiten im bestehenden System aufmerksam machen und an deren Umsetzung arbeiten soll. Die Förderung der interkulturellen Öffnung der Magistratsabteilungen durch die Unterstützung, Entwicklung und Durchführung von Projekten, die diesem Ziel dienen, und die Vernetzung bestehender Dienstleistungen in der Stadt zur Erzielung von Synergieeffekten sind ebenfalls als Aufgaben dieser Stelle vorgesehen. Der Ist-Zustand der Integration soll in einem jährlichen Bericht dargestellt werden.

Die geplante Einrichtung ist als Stabsstelle in der Magistratsdirektion vorgesehen, wobei Kontraktpartner der Bürgermeister ist. Im Kontrakt sind Zielvereinbarungen und das Budget festzulegen und dient dieser als Grundlage des Controllings für diese Stelle.

Der Personalbedarf wird vom Arbeitskreis mit zwei Personen beziffert, die gleichberechtigt arbeiten sollen. Eine wesentliche Voraussetzung bei der Besetzung einer der Stellen soll neben einer mehrjährigen theoretischen und praktischen Erfahrung mit dem Thema „Integration“ ein entsprechender Migrationshintergrund sein, d.h. dass die Person selbst aus dem Ausland gekommen ist oder direkt von ImmigrantInnen abstammt. Die Ausschreibung der beiden vorgesehenen Dienstposten soll in einem ersten Schritt zunächst magistratsintern erfolgen. Das Personalamt hat unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Projektes FAIR diesbezüglich dienstpostenplanmäßig Vorsorge zu treffen.

Die budgetäre Ausstattung des Integrationsreferates ist für das Jahr 2005 noch im Budget des Bürgermeisteramtes vorgesehen.

In Hinsicht auf die Frage einer zentralen Mittelvergabe (d.h. alle für den Integrationsbereich vorgesehenen Fördermittel werden gebündelt und zentral vergeben) sind von den künftigen MitarbeiterInnen die Details mit den tangierten Abteilungen abzuklären, um den Ansatz für das Budget 2006 vorzubereiten.

In weiterer Folge wäre für die Verankerung des Integrationsreferates in der Magistratsdirektion eine entsprechende Änderung in der Geschäftseinteilung für den Magistrat Graz (Entschließung des Bürgermeisters mit Zustimmung des Stadtsenates) erforderlich.

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte stellt daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen und die zuständigen Abteilungen des Magistrats mit der Umsetzung der im Informationsbericht genannten notwendigen Umsetzungsschritte beauftragen.

Der Bearbeiter:

Die Abteilungsvorständin:

Der Bürgermeister:

Gesehen!
Der Magistratsdirektor:

Anhang

Vorberaten und angenommen in der
Sitzung des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische
Integration und Menschenrechte
am.....

Der Vorsitzende:

Der Antrag wurde in der heutigen <input type="checkbox"/> öffentl. <input type="checkbox"/> nicht öffentl. Gemeinderatssitzung		
<input type="checkbox"/> bei Anwesenheit von GemeinderätInnen		
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> mehrheitlich (mit . . . Stimmen / . . . Gegenstimmen)	angenommen.	
<input type="checkbox"/> Beschlussdetails siehe Beiblatt	Graz, am	Der / Die SchriftführerIn:

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 13. Dezember 2004

Gemeinderätin: Mag.^a Ulrike Taberhofer

Abänderungsantrag

Zu GZ Präs. 76180/2004-1 – Einrichtung eines Integrationsreferates

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!
Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Gemeinderatsfraktion der KPÖ stellt folgenden Abänderungsantrag:

- 1.) Die Ausschreibung der beiden vorgesehen Dienstposten für das Integrationsreferat soll öffentlich erfolgen.
- 2.) Das Integrationsreferat soll keine Förderstelle aller für den Integrationsbereich vorgesehenen Mittel sein.